



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**,

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gemeinsame Sitzung zu ASD/ASV

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen lädt zu einer Sitzung ein, die gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung und Kultus vor der parlamentarischen Sommerpause 2021 stattfinden soll.

Der Ausschuss bittet dazu den Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo sowie ergänzend Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat um einen ausführlichen Bericht zum Thema ASV (Amtliche Schulverwaltung) / ASD (Amtliche Schuldaten)-IT-Entwicklung, ausgehend von der Beratenden Äußerung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH). Zu den unten aufgeführten Punkten ist dabei Stellung zu nehmen.

Ergänzend sollen Vertreter des ORH eingeladen werden.

1. Projektplanung, sowohl ursprünglich als auch deren jeweilige Anpassungen im Projektverlauf
 - Ziele
 - Budget & Finanzierung
 - Ressourcen (Personen, Dienstleister)
2. Projektdurchführung
 - Projektrollen, v. a. Verantwortlichkeiten und Kompetenzen
 - Rahmenrichtlinien inkl. Überwachung und Dokumentation
 - Anforderungskataloge: Erstellung, Abstimmung mit Nutzern sowie deren Änderungen
 - Tests und Freigaben
 - Ausrollen und faktische Akzeptanz
3. Projektüberwachung
 - Finanzen
 - Berichterstattung innerhalb des Projektes und an die Auftrag- und Finanzgeber
4. Wesentliche Anpassungen im Projektverlauf
 - inhaltliche Änderungen
 - zeitliche Änderungen
 - Auswirkungen auf die Nutzer (Schulen)
5. Weiteres Vorgehen

Begründung:

Die Beratende Äußerung des ORH zum IT-Projekt ASD/ASV aus dem Mai 2021 hat einen umfassenden Überblick über die zahlreichen Fehler im Projektmanagement bei der Umsetzung von ASD/ASV gezeigt. Aufgrund zahlreicher Fehlentwicklungen, einer voraussichtlichen Umsetzung des Projekts bis 2028 anstatt bis 2009 sowie einer Kostenexplosion von ursprünglich 11,32 Mio. Euro auf 272 Mio. Euro ist eine ausführliche gemeinsame Debatte des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen und des Ausschusses für Bildung und Kultus dringend erforderlich.